

BUNDESAUSSCHUSS POLITISCHE BILDUNG

NEWSLETTER AUSGABE 2/2013

1. EDITORIAL
 - Lothar Harles, Vorsitzender bap
2. „WIR WOLLEN ZUR QUALITÄTSSICHERUNG IN DER POLITISCHEN BILDUNG BEITRAGEN“
 - Interview mit Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer und Prof. Dr. Bernd Overwien
3. JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG
 - Thema 4/2013: Selbstverständnis und Professionsentwicklung
4. NEUE PUBLIKATION DER BPB: POLITISCHE BILDUNG ALS PROFESSION
 - Kommunikation zwischen außerschulischer und schulischer Bildung anregen
5. ECKPUNKTEPAPIER: WEITERBILDUNGSOFFENSIVE 2013 – 2017
 - Bundesverbände fordern Stärkung der Weiterbildung für Erwachsene
6. PREIS POLITISCHE BILDUNG 2013
 - bap würdigt herausragende Beispiele politischer Bildungsarbeit
7. AUS PARLAMENT UND AUSSCHÜSSEN
 - Thema: Extremismus
8. TERMINE UND HINWEISE
 - Informationen aus der Politischen Bildung

1. EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die öffentliche Förderung von außerschulischen politischen Bildungs- und Weiterbildungsangeboten für Jugendliche und Erwachsene sinkt kontinuierlich. Ein Grund mehr, mögliche Zweifel an der professionellen und fundierten Arbeitsweise von Lehrenden in der außerschulischen politischen Bildung auszuräumen und damit unsere Profession auch unter zunehmend schwierigeren Bedingungen weiter zu stärken.

Doch welches Verständnis haben wir von uns selbst als politische Bildnerinnen und Bildner? Welche Kenntnisse und Fähigkeiten sollten Lehrende in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung besitzen? Diese Fragen stehen unweigerlich im Zentrum einer Debatte um die Professionalisierung und Weiterentwicklung der politischen Bildung – schulisch wie außerschulisch.

Antworten geben möchten verschiedene Forschungsvorhaben und einige jüngst erschienene Publikationen, die wir Ihnen in diesem Newsletter vorstellen. So erarbeitete der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN e.V. im Rahmen des Projektes „ProPol – Professionalisierung in der Politischen Bildung“ ein Fachkonzept, welches die notwendigen pädagogisch-didaktischen und fachlich-wissenschaftlichen Kernkompetenzen politischer Bildnerinnen und Bildner in der außerschulischen politischen Bildung umreißt, Traditionslinien aufzeigt und wissenschaftliche Referenzrahmen erörtert. Aus diesem Projekt ist nun ein Buch hervorgegangen, das nach dem „Wissen und Können“ in der politischen Bildung fragt. Lesen Sie dazu das Interview mit den Autoren des Buches und wissenschaftlichen Betreuern des Projektes, Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer und Prof. Dr. Bernd Overwien.

Die Debatte um Profession und Selbstverständnis muss auch die Themen Anerkennung und Dokumentation von Lernerfahrungen und Kompetenzen in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in den Blick nehmen. Die Arbeitsgruppe Grundsatzfragen im bap hat vor diesem Hintergrund Prof. Dr. Benno Hafener und Dr. Reinhild Hugenroth um eine Einschätzung

gebeten. Geplant ist, die Ergebnisse dieser Expertisen der breiten Fachöffentlichkeit im Rahmen eines Fachtages im kommenden Jahr zu präsentieren.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihr

Lothar Harles
Vorsitzender des bap

[zur Übersicht](#)

2. „WIR WOLLEN ZUR QUALITÄTSSICHERUNG IN DER POLITISCHEN BILDUNG BEITRAGEN“

Interview mit Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer und Prof. Dr. Bernd Overwien

Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer und Prof. Dr. Bernd Overwien sind Herausgeber der Publikation „Wissen und Können – Wege zum professionellen Handeln in der politischen Bildung“. Sie ist das Ergebnis des Projektes „ProPol – Professionalisierung in der politischen Bildung“ des Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN e.V. und beantwortet die Fragen nach dem Selbstverständnis und der Tradition des Faches, wissenschaftlichen Kategorien und dem Referenzrahmen sowie zentralen Kompetenzen und spezifischen Merkmalen professionellen Handelns.

Herr Prof. Hufer, warum haben Sie dieses Buch gemacht? Warum haben Sie sich am Projekt „ProPol“ von ARBEIT UND LEBEN beteiligt?

Klaus-Peter Hufer: Als die Anfrage kam, ob ich zusammen mit Bernd Overwien die wissenschaftliche Leitung des Projekts übernehme, war es für mich selbstverständlich, das sofort zu bejahen. Denn seit vielen Jahren bemühe ich mich einmal um die feste Verankerung politischer Bildung im System der Erwachsenenbildung, zum anderen versuche ich, einem immer deutlicher werdenden Auseinanderdriften von Theorie und Praxis entgegen zu wirken, und drittens bin ich der Meinung, dass politische Bildung höchst professionell organisiert, moderiert, begleitet und gelehrt werden soll. Im Projekt „ProPol“ sah ich eine große Chance, hierfür eine gute und solide erarbeitete Plattform zu haben. Die Möglichkeit hat mich begeistert, zwei Jahre lang und mit guter Unterstützung an einem solchen Projekt arbeiten zu können. Schließlich ist mir ARBEIT UND LEBEN, die Schnittstelle von Volkshochschulen und Gewerkschaften von Grund auf sympathisch.

Und Sie, Herr Prof. Overwien? Aus welcher Motivation heraus haben Sie mitgewirkt?

Bernd Overwien: Politische Bildung in Deutschland hat eine sehr lange Tradition. Lange Zeit liefen dabei Diskussionen der schulischen und außerschulischen politischen Bildung ineinander. Mehr und mehr ging dieser Zusammenhang verloren, etwa gleichzeitig mit der wissenschaftlichen Profilierung der schulischen politischen Bildung. Scholorientierte Politikdidaktik ist dabei heute ein vergleichsweise etablierter Wissenschaftsbereich, während es nur sehr wenige Professuren im Bereich der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung gibt. Gleichzeitig ist dieser Bereich nach wie vor ein sehr wichtiges Feld von Bildungsaktivitäten. Wer jedoch hier mit welchem beruflichen Profil arbeitet, ist oft durch den Zufall bestimmt. Häufig sind längere Anpassungsprozesse der hier Arbeitenden notwendig, zuweilen verliert sich auch das Politische der politischen Bildung. Deshalb haben wir im Projekt „ProPol“ an der Frage des notwendigen Wissens und Könnens in der außerschulischen politischen Bildung gearbeitet und einen Erwartungshorizont formuliert. Diesem liegt ein ausführliches Studium von Traditionen und gegenwärtigen Entwicklungen der politischen Bildung zugrunde, Expertenbefragungen aus Theorie und Praxis verdichten unsere Erkenntnisse und Vorschläge zur Weiterbildung vervollständigen das Bild. Meine Hoffnung dabei ist es, dass mittelfristig ein Beitrag zur Qualitätssicherung geleistet werden kann, im besten inhaltlichen Sinne. Gleichzeitig erhoffe ich mir auch Anregungen in Richtung universitärer Ausbildungsaktivitäten. Eine qualitativ hochstehende außerschulische politische Bildung weist einerseits viele Wege, die in der Schule nicht gegangen werden können. Stärken liegen ja gerade in einer Anbindung an das weite und vielgestaltige Feld der außerschulischen Trägerlandschaft. Gleichzeitig hat schulisches Lernen für viele Jugendliche auch Grenzen. Aktuell gibt es überdies mehr und mehr auch ertragreiche Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Bildungsaktivitäten. Alles das weist auf die Notwendigkeit einer guten Aus- und Weiterbildung im Feld außerschulischer Jugend- und Erwachsenenbildung hin.

Herr Prof. Hufer, welchen Stellenwert hat die politische Bildung zurzeit? Welchen Stellenwert sollte sie in Zukunft haben?

Klaus-Peter Hufer: Ich beobachte zurzeit eine widersprüchliche Entwicklung. Denn einerseits wird politische Bildung im Zuge der allgemeinen Ökonomisierung von Weiterbildung und von den ständigen Qualifizierungszumutungen durch den Zwang zum lebenslangen Lernen marginalisiert. Bezeichnend und empörend ist zum Beispiel, dass das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung seit Jahren politische Bildung völlig ignoriert. Andererseits aber haben wir eine wachsende Zahl von Themen, die uns allen Sorgen machen müssten: soziale Verwerfungen, das Auszehren von Großorganisationen, die gesellschaftliche Verbindlichkeit herstellen können, die Fremdbestimmung des Politischen durch politisch nicht legitimierte Akteure, die Kapitalisierung und Ökonomisierung des Denkens und Handelns, eine wachsende, hämische und zynische Trashkultur in den Medien, merkliche Klimaveränderungen, Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit, Ohnmachtsgefühle vieler Menschen etc. Das alles müsste die Bedeutung von politischer Bildung deutlich heben.

Herr Prof. Overwien, zum Thema Kompetenz-Konjunktur: Welchen Platz haben Kompetenzen in der politischen Bildung?

Bernd Overwien: Die Frage, welchen Nutzen die Diskussion über Kompetenzen für die außerschulische politische Bildung hat, bewegt viele Beteiligte. Oft ist eine schroffe Ablehnung des Denkens in Kompetenzen zu beobachten. Dies wird dann mit den Entwicklungen im schulischen Bereich begründet, wo ein kognitionspsychologisch verengter Kompetenzansatz und Bildungsstandards zuweilen zu einem engen Output-Denken führen, wobei dies allerdings zumindest für die politische Bildung kein Automatismus ist. Die Grundfrage ist die nach dem Verhältnis von Bildung und Kompetenz. Schon in den siebziger Jahren gab es dazu eine immer noch spannende Diskussion. Hier wurde das Bildungsziel Mündigkeit mit einer Konkretisierung in Kompetenzen verbunden. So gesehen kann der Kompetenzbegriff für die außerschulische Bildung durchaus nützlich sein, indem konkretisiert wird, was an Kompetenzzuwachs zu erreichen ist, Zielvorstellungen, die bei Bildungszielen manchmal eher wolkig werden können. Nicht zuletzt gibt es ja durchaus auch heute noch unterschiedliche Kompetenzkonzepte. Das Spektrum im außerschulischen Bereich reicht von einer engen Ausrichtung am Arbeitsmarkt bei Erpenbeck und Rosenstiel bis hin zu einem Verständnis, das sich an einer emanzipatorischen Bildung orientiert bei Negt.

Nun die Frage an Sie beide: Was sollten politische Bildner/-innen wissen und können?

Klaus-Peter Hufer: Politische Bildnerinnen und Bildner sind Universalistinnen und Universalisten des Politischen mit dem speziellen Blick auf die Besonderheiten ihrer Adressatinnen und Adressaten sowie ihres institutionellen Handlungsfeldes. Sie müssen ein waches Auge auf gesellschaftspolitische Entwicklungen werfen, aber ohne sich gleich modischen Trends und Tendenzen zu unterwerfen. Sie sollten dann immer nach dem Spezifischen von Politik fragen und entsprechende Entwicklungen hinterfragen. Sie sollten empathisch auf unterschiedliche, auch ihnen widersprechende Interessen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihrer Veranstaltungen reagieren. Sie sollten Freude an der Kommunikation mit anderen Menschen haben und hellwach und mit Interesse die Veränderung von Gesellschaft und Politik wahrnehmen und mit Lust und Fantasie sich Gedanken über ihre Gestaltbarkeit machen. Und sie müssen viel wissen und immer wieder Neues hinzulernen. Vor allem sollten sie nicht jammern, dass sie so vielen Misserfolgsereignissen und Zwängen ausgesetzt sind.

Bernd Overwien: Nicht ganz zufällig haben wir diese Frage mit einem ganzen Buch beantwortet. Um es noch einmal kurz zu fassen: Politische Bildnerinnen und Bildner sollen in der Lage sein, POLITISCHE Bildung zu betreiben. In der derzeitigen Praxis verschwimmt oft das Politische mit dem Sozialen. Dabei möchte ich soziales Lernen nicht abwerten, es ist oft auch Voraussetzung für politisches Lernen. Dennoch muss es ein Bewusstsein für die Unterschiede geben und das drückt sich in politischer Bildung aus. Dabei darf keineswegs trockener Stoff langweilig dargeboten werden. Die Kontroversität politischer Fragen kann sehr lebendig sein. Außerschulische Bildung hat vielfältige Methoden im Köcher, von zuweilen notwendigen konzentrierten Kursen bis hin zu Planspielen und Aktionsformen. Es kommt auf didaktische Kompetenzen, verbunden mit methodischen und pädagogischen Fähigkeiten an, damit politische Bildung bzw. Politik verstanden und erlebt und dann hoffentlich ein Stück weit auch gelebt werden kann. Ohne ein politikwissenschaftliches Grundwissen sowie soziologische und ökonomische Zugänge wird es im Übrigen dabei nicht gehen.

Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer lehrt an der Fakultät für Bildungswissenschaften der Universität Duisburg-Essen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Erwachsenenbildung, politische Bildung und Rechtsextremismus. Er ist zudem Fachbereichsleiter der Kreis-Volkshochschule Viersen.

Prof. Dr. Bernd Overwien leitet das Fachgebiet Didaktik an der Universität Kassel. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Fragen der Bildung für nachhaltige Entwicklung und des Globalen Lernens sowie der Verbindung von schulischem und außerschulischem Lernen.

Publikation

Hufer, Klaus Peter/ Länge, Theo W./ Menke, Barbara/ Overwien, Bernd/ Schudoma, Laura (Hrsg.) / Wissen und Können. Wege zum professionellen Handeln in der politischen Bildung
Schwalbach/Ts 2013, 34,80 Euro

www.arbeitundleben.de/publikationen

[zur Übersicht](#)

3. JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG

Thema 4/2013: Profession im Prozess

Ende Oktober erschien die aktuelle Ausgabe des Journals für Politische Bildung. Lesen Sie hier das Editorial von Chefredakteur Johannes Schillo.

Editorial

Ein Profi ist laut Wikipedia jemand, „der im Gegensatz zum Amateur oder Dilettanten eine Tätigkeit beruflich oder zum Erwerb des eigenen Lebensunterhalts als Erwerbstätigkeit ausübt.“ Das deckt sich nun leider gar nicht mit der Tätigkeit der vielen Profis, die in der außerschulischen politischen Bildung – auch ausweislich der großen Evaluationen zur Jugend- und Erwachsenenbildung – anzutreffen sind. Dass man damit seinen Lebensunterhalt bestreitet, ist bei den zahlreichen prekär Beschäftigten, bei den Freiberuflern, Ehren- oder Nebenamtlichen eher nicht der Fall. Auch fehlen eine Berufsausbildung oder ein Studiengang, die man offiziell mit dem Zertifikat „Politischer Bildner/-in“ abschließen würde, und in der Öffentlichkeit kann man mit der Berufsbezeichnung nicht viel Eindruck hinterlassen.

Diese Hinweise zeigen bereits, dass der außerschulische, „non-formale“ Sektor seine Besonderheiten aufweist. Professionell geht es hier, wie gesagt, in mancherlei Hinsicht zu. Aber in die Definition von Professionalität spielen viele Bestimmungsfaktoren hinein – gerade im Unterschied zur Rolle des Politiklehrers im allgemeinbildenden Schulsystem. Bildungsreferenten und Bildungsreferentinnen müssen gewissermaßen ihr Berufsfeld selber organisieren, sie sind vor oder nach aller pädagogischen Tätigkeit mit Verwaltungs-, PR-, Marketingaufgaben befasst; sie müssen Kooperations- und Koordinationstätigkeiten ausüben; sie arbeiten nicht Curricula ab, sondern entwickeln neue Konzepte und beteiligen sich am Transfer von Ideen und Innovationen... All diesen Besonderheiten geht Heft 4/13 des Journals für politische Bildung nach, wobei aktuelle Forschungsprojekte, die noch unterwegs oder gerade abgeschlossen sind, einbezogen werden.

Falk Scheidig (Universität Augsburg) bietet eingangs einen Überblick über die Begrifflichkeit und die Grundlinien der Professionsdebatte. Er konzentriert sich auf die Entwicklungen in der politischen Erwachsenenbildung, doch haben seine Überlegungen für den gesamten außerschulischen Bereich Relevanz. Der zweite Beitrag von Prof. Klaus-Peter Hufer (VHS Viersen) und Barbara Menke (Arbeit und Leben) stellt Ergebnisse des ProPol-Projekts „zur Weiterentwicklung der Professionalisierung in der Politischen Bildung durch ein Konzept zur Definition fachlicher Kompetenzen“ vor. Ihm folgen weitere Projektergebnisse. Nadine Balzter, Yan Ristau und Prof. Achim Schröder von der Hochschule Darmstadt berichten über eine Studie, in der ehemalige Teilnehmer von politischen Bildungsveranstaltungen zu ihren Erfahrungen und Erlebnissen befragt wurden.

Klaus Waldmann (Evangelische Trägergruppe) skizziert die Diskussion in der Gemeinsamen Initiative der bundeszentralen Träger politischer Jugendbildung (GEMINI), die im Bundesausschuss Politische Bildung (bap) angesiedelt ist. Zur Professionalität gehört natürlich auch die Frage nach der Ausbildung: Dr. Julika Bürgin (Frankfurt/M.) und Dr. Bettina Lösch (Universität Köln) inspizieren die Hochschule als „wissenschaftlichen Reflexionsort“ für die außerschulische politische Bildung – mit einem eher negativen Ergebnis. Eine Skizze von Johannes Schillo (Redaktion Journal)

zu aktuellen Veröffentlichungen und Diskussionslinien in Sachen Professionsentwicklung schließt den Schwerpunkt ab.

Unter QuerDenken resümiert Dr. Helle Becker (Essen) Ergebnisse aktueller Forschungen zu Politikinteresse und Politikdistanz von Jugendlichen – in Deutschland und in Europa. Damit gibt sie auch Anregungen für eine Bildungsarbeit, die sich, etwa im Blick auf die Europawahlen 2014 (dazu auch Hinweise unter der Rubrik ÜberGrenzen), der neuen europäischen Herausforderungen annehmen will. Ein weiterer Blick über die Grenzen richtet sich auf Erfahrungen mit dem Projekt „Politische Bildung in Aktion“. Die folgenden Rubriken enthalten Nachrichten, Kommentare und Materialien zur Bildungsszene.

Weitere Heftplanung

Heft 1/14: Arbeitstitel - Historische Kompetenz
Redaktionsschluss: 11.11.2013

Heft 2/14 Freiwilligendienste als Bildung
Redaktionsschluss: 10. Februar 2014

Heft 3/14 Anerkennung non-formaler Bildung
Redaktionsschluss: 9. Mai 2014

Heft 4/14 Protest
Redaktionsschluss: 14. August 2014

Bezugsbedingungen

„Journal für politische Bildung“ erscheint vierteljährlich. Das Jahresabonnement kostet EUR 56,00, das Einzelheft EUR 16,80, jeweils zuzüglich Versandkosten. Verlag und Bezugsadresse: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Straße 10, 65824 Schwalbach/Ts., Tel.: 06196/84010, Fax: 0 61 96 /86065, info@wochenschau-verlag.de, journal@wochenschau-verlag.de

www.journal.wochenschau-verlag.de

[zur Übersicht](#)

4. NEUE PUBLIKATION DER BPB: POLITISCHE BILDUNG ALS PROFESSION

Kommunikation zwischen außerschulischer und schulischer Bildung anregen

In der neuen Publikation „Politische Bildung als Profession. Verständnisse und Forschungen“ aus ihrer Reihe „Perspektiven der politischen Bildung“ wirft die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zentrale Fragen auf: Was macht die Profession derjenigen aus, die Politik lehren und vermitteln? Wie verstehen sich die Lehrenden und Programmplaner/-innen selbst? Wie werden sie in der Forschung gesehen? Welche Rolle spielt Wissenschaft im praktischen Handeln? Antworten geben Expertinnen und Experten aus Forschung, Lehre und Praxis, die ihre Aspekte der Profession und des professionellen Handelns im Beruf analysieren und beschreiben.

Nach einem historischen Rückblick werden aktuelle Theorien und Ergebnisse empirischer Studien zur Fachdidaktik und dem schulischen Lehrberuf sowie zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung vorgestellt. Ein Austausch zwischen beiden Berufsfeldern findet derzeit kaum statt. Daher stellt sich die Frage, ob die Entwicklungen im schulischen und außerschulischen Bereich zu zwei Professionen politischer Bildung führen bzw. geführt haben. Die Gegenüberstellung in diesem Band möchte zur Kommunikation zwischen beiden Bereichen anregen. In einem abschließenden Beitrag diskutieren die Herausgebenden, Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer und Dagmar Richter, ihre Sicht auf die Profession politische Bildung.

Einsicht in die Publikation und Bestellung unter www.bpb.de/166243

[zur Übersicht](#)

5. ECKPUNKTEPAPIER: WEITERBILDUNGSOFFENSIVE 2013-2017

Bundesverbände fordern Stärkung der Weiterbildung für Erwachsene

Die Ergebnisse der PIAAC-Vergleichsstudie (sog. „Erwachsenen-PISA“) zeigen, dass in Deutschland dringender Handlungsbedarf für verstärkte Investitionen in die Weiterbildung für Erwachsene besteht. Die großen Verbände der Weiterbildung in Deutschland möchten der künftigen Bundesregierung hierfür Anregungen unterbreiten und haben ein Eckpunktepapier vorgelegt. Sie fordern darin unter anderem, die Weiterbildung für alle sicherzustellen, die Grundbildung zu sichern und die Weiterbildungsbeteiligung von Geringqualifizierten zu erhöhen, Qualifikationen und Kompetenzen aus Weiterbildung stärker anzuerkennen und das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich aufzuheben.

Unterzeichnet haben das Papier Prof. Dr. Rita Süssmuth, Präsidentin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e.V., Thiemo Fojkar, Vorsitzender des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband), Matthias Anbuhl, 1. Vorsitzender des Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN e.V., Dr. Hans-Jürgen Luibl, Vorsitzender der Deutschen Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e.V., Elisabeth Vanderheiden, Vorsitzende der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland – Bundesarbeitsgemeinschaft e.V., Prof. Dr. Aiga von Hippel, Vorsitzende des Rates der Weiterbildung – KAW und Petra Witt, Präsidentin des Verbandes Deutscher Privatschulverbände e.V.

[Zum Eckpunktepapier](#)

[zur Übersicht](#)

6. PREIS POLITISCHE BILDUNG 2013

bap würdigt herausragende Beispiele politischer Bildungsarbeit

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) hat am 13. Mai in Berlin den diesjährigen „Preis Politische Bildung“ vergeben. Der mit 10.000 Euro dotierte erste Preis ging an „Laut! Partizipation von Jugendlichen in Nürnberg“, ein Kooperationsprojekt des Jugendamtes der Stadt Nürnberg, des Kreisjugendrings Nürnberg Stadt und des Medienzentrums Parabol. Den zweiten Preis und damit 5.000 Euro nahm das Projekt „Jugend im Landtag“ des Landesjugendrings Mecklenburg-Vorpommern e.V. entgegen. Mit dem dritten Preis und 3.000 Euro wurde die Lebenshilfe gGmbH in Berlin für das Filmprojekt „Politik geht uns alle etwas an!“ prämiert. „Die ausgezeichneten Projekte zeigen, wie wichtig es ist, Politikverständnis und politische Beteiligung in allen Lebensbereichen zu fördern und zu stärken“, sagte Lothar Harles, Vorsitzender des Bundesausschusses Politische Bildung.

Unter dem Motto „Politik – Das verstehen wir darunter!“ hatten sich über 100 Projekte der politischen Bildungsarbeit beworben. Gefördert wird der alle zwei Jahre verliehene Preis vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Schirmherr war MdB Ernst-Reinhard Beck, Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Die Preisverleihung war in diesem Jahr die zentrale Veranstaltung der Aktionstage Politische Bildung, die traditionell vom 5. bis 23. Mai stattfinden.

Im Rahmen der Preisverleihung wurden ebenfalls die Beiträge zum Medienwettbewerb des Projekts „Kompetenzen-Interessen-Kooperationen“ (KIK) gewürdigt.

Weitere Informationen zu den Preisträgern sowie zur Preisverleihung auf www.bap-politischebildung.de/

[zur Übersicht](#)

7. AUS PARLAMENT UND AUSSCHÜSSEN

Thema: Extremismus

Regierung erläutert Projekte zum Thema Linksextremismus

Mit zwei Forschungsprojekten will die Bundesregierung „vertiefte Erkenntnis“ zum Linksextremismus gewinnen, da es in Deutschland bei jungen Menschen zu wenige Kenntnisse über diese Form von Extremismus gibt. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung ([17/14468](#)) auf eine Kleine Anfrage von der Fraktion Die Linke ([17/14383](#)) hervor. Die Studien werden von der FU Berlin einerseits und der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin sowie der Universität Luxemburg andererseits mit Gesamtkoten von rund 924.000 Euro betrieben.

Beide Projekte werden vom Bundesfamilienministerium gefördert. Wie die Bundesregierung weiter ausführt, werde das Vorhaben, das an der FU veranstaltet wird, systematisch theoretische und empirische Studien zum Linksextremismus im wiedervereinten Deutschland erfassen und die inhaltliche Ausrichtung von Begrifflichkeiten wie Linksextremismus beschreiben. Das andere Projekt forsche zu den persönlichen Hintergründen junger Menschen. Hierzu seien unter anderem 40 Interviews geplant.

Quelle: hib Nr. 416, Donnerstag 8. August 2013

SPD: Masterplan gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Am 2. August 2013 stellte die SPD einen „Masterplan gegen Rassismus und Rechtsextremismus“ vor. Schnelle staatliche Sanktionen, Stärkung der Zivilgesellschaft und antirassistische Bildung sind die Ankerpunkte des Plans. Sensibilisieren, stärken und immunisieren sind die drei Aktivitäten, die diesen Ankerpunkten zugeordnet werden. Polizei und Justiz sollen für Rassismus und Rechtsextremismus weiter sensibilisiert und durch antirassistische Bildung und Menschenrechtsbildung in der Schule sollen jüngere Bürger/-innen immunisiert werden. Bei der Zivilgesellschaft geht es um Stärkung: „Die von Rassismus und Rechtsextremismus Betroffenen sollen in die Lage versetzt werden, sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu wehren. Zivilgesellschaftliches Engagement muss an der Basis gestärkt werden, damit nicht Rassismus und Rechtsextremismus, sondern ein tolerantes und demokratisches Miteinander entstehen kann.“ Konkrete Punkte sind dabei zum Beispiel die Verstärkung der Finanzierung für Programme gegen Rechtsextremismus, die Abschaffung der Extremismusklausel und Begegnungsprojekte. In die Erarbeitung von Detailkonzeptionen und Durchführung des Masterplans sollen Zivilgesellschaft und Forschung eng eingebunden werden.

[Weitere Informationen](#)

8. TERMINE UND HINWEISE

Informationen aus der Politischen Bildung

Weitere Infos zu Terminen und Hinweisen finden Sie auch auf unserer Website www.bap-politischebildung.de

Stellenausschreibung: Leiter/-in der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein

Im Geschäftsbereich des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle der Leiterin bzw. des Leiters der Landeszentrale für politische Bildung zu besetzen. Die Landeszentrale ist als Stabsstelle beim Schleswig-Holsteinischen Landtag angesiedelt. Bewerbungsschluss ist der 18. November 2013.

[Zur Stellenausschreibung](#)

Übergangmanagement Schule-Beruf: Ein Klassiker der politischen Bildung von ARBEIT UND LEBEN

Für die meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist es eine große Herausforderung, den Übergang von der Schule in den Beruf gut zu bewältigen. Die Frage nach dem passenden (Ausbildungs)beruf in komplexen und spezialisierten Arbeitswelten ist für sie von wesentlicher Bedeutung; gleichzeitig haben Freundschaften und Liebesbeziehungen einen hohen Stellenwert. Die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und wichtige Entscheidungen für die generelle Lebensplanung werden in dieser Phase getroffen. Mögliche Vorlieben und Prioritäten entscheiden auch, ob und mit welchen Aktivitäten Jugendliche und junge Erwachsene sich in soziale und politische Engagementfelder einbringen.

Die partielle Begleitung junger Menschen in genau diesem Lebensabschnitt ist ein traditionelles Arbeitsfeld von ARBEIT UND LEBEN: Seit 1986 sind wir mit Seminarangeboten in diesem Segment präsent. Die politischen Themen haben sich geändert; dementsprechend haben wir unsere Bildungsangebote weiterentwickelt. Die Kernkompetenz von ARBEIT UND LEBEN ist geblieben: Wir unterstützen Jugendliche und junge Erwachsene im Übergang von der Schule in den Beruf und aktivieren ihre Lebenspotenziale an den entsprechenden Lebens- und Lernorten, beispielsweise den Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben. Gleichzeitig unterscheidet sich ARBEIT UND LEBEN von der wachsenden Zahl unterschiedlichster Anbieter, die auf dem Weiterbildungsmarkt – speziell in der beruflichen Bildung – zu diesem Thema präsent sind. Deren Ziele sind in erster Linie eindimensional auf arbeitsmarktpolitische Verwertungsinteressen mit den entsprechenden betriebswirtschaftlichen Schwerpunkten ausgerichtet. Die Lebensträume der Jugendlichen werden an mögliche Arbeitsrealitäten angepasst, Profis aus der Branche sprechen vom sogenannten Cooling-out. Kompetenzfeststellung, Profipass und Berufsfindungsprogramme können auch Elemente unserer Seminararbeit sein; unsere Aufmerksamkeit gilt in erster Linie der Frage: Wie treten Jugendliche in diese Gesellschaft und wie ist diese zu diesem Zeitpunkt beschaffen. Das macht den Unterschied und beschreibt das Plus der politischen Bildungsarbeit von ARBEIT UND LEBEN, denn unsere Arbeit

- weckt Neugier an gesellschaftspolitischen Themen,
- ermöglicht ein breites, vielseitiges Angebot durch den bundesweiten und länderübergreifenden Austausch,
- bietet Raum, in dem die Teilnehmenden eigene Ideen, Präferenzen und Lebensplanungen entwickeln,
- knüpft an die Lebenswelten der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an,
- stärkt die Persönlichkeit der Teilnehmenden - denn nur starke und selbstbewusste Menschen haben Mut und Kraft sich einzubringen,
- bietet offene Lernprozesse,
- stärkt Stärken,
- bietet Impulse und Orientierung,
- macht eigene Haltungen und Vorlieben bewusst,
- fördert das Selbstwertgefühl,
- fragt kritisch nach,
- entwickelt innovative und passende Methoden und setzt sie ein,
- formuliert klare Ziele,
- erreicht die Zielgruppe „Bildungsferne“ und
- fördert und unterstützt die inhaltlichen Kooperationen der Bundesländer untereinander.

Mit diesen Zielen und Schwerpunkten hat ARBEIT UND LEBEN ein klares Profil im Segment der außerschulischen, politischen Weiterbildung. Gemeinsam mit Kooperations- und Bildungspartnern aus berufsbildenden und schulischen Bereichen, sowie aus dem Ausbildungssektor entwickeln wir aktuelle, passende Bildungsformate. Diese setzen wir in Form mehrtägiger Seminare mit Übernachtung an unterschiedlichen Tagungsorten um sowie in ein oder mehrtägigen Tagesformaten vor Ort. Zum Gesamtsetting gehören ein Vorbereitungstreffen, das dazu dient die Interessen und Wünsche der Teilnehmenden in das Seminar mit einfließen zu lassen und ein Nachbereitungstreffen, um zu evaluieren ob und was sich bei den Jugendlichen verändert hat. Gleichzeitig sind wir in überregionalen und europäischen Projekten aktiv, die Förderlinien für bildungsferne Zielgruppen bereithalten.

Kontakt: Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN, Sonja Puchelski,
E-Mail: puchelski@arbeitundleben.de

Rat der Weiterbildung beschäftigt sich mit Inklusion in der Erwachsenenbildung und wählt einen neuen Vorstand

Die Mitgliederversammlung des Rates der Weiterbildung macht sich das Anliegen der Inklusion von Menschen mit Behinderung in ihren Einrichtungen zu eigen und fordert aktiv zum Ausbau inklusiver Strukturen in der Erwachsenen- und Weiterbildung auf. Aus Sicht des Rates der Weiterbildung sind aber bestimmte Grundvoraussetzungen zu beachten, damit die Umsetzung der UN-Konvention gelingen kann. So müssen das Wohl jedes einzelnen Menschen und seine Ganzheitlichkeit im Mittelpunkt der Reformen stehen. Inklusion darf in keinem Fall zu einer Verschlechterung der bisherigen Förderung von Menschen mit Behinderung führen. Der Rat der Weiterbildung warnt die Politik davor, Inklusion als Sparmaßnahme zu verstehen. Es drohe sonst die Gefahr, dass sich die Gesamtsituation der Menschen mit Behinderung verschlechtern würde, weil die erstrebte individuelle Förderung in der inklusiven Einrichtung nicht angeboten werden kann.

Als Vorsitzende neu gewählt wurde Prof. Dr. Aiga von Hippel von der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie löst damit Prof. Dr. Rudolf Tippelt von der Universität München ab, der nach 6 Jahren nicht wieder kandidierte. Ebenfalls neu in den Vorstand gewählt wurde Bernd Passens vom Deutschen Volkshochschulverband, er folgt damit Anja Eckert vom Verband Deutscher Privatschulverbände, die ebenfalls nicht wiederkandidierte. Wiedergewählt wurde Andrea Hoffmeier von der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland.

Weitere Informationen unter www.keb-deutschland.de

Aufruf: Für eine Demokratie-Enquete im Deutschen Bundestag

Die Forderung nach mehr Mitsprache und Bürgerbeteiligung ist heute mehrheitsfähig. Aktuelle Umfragen zeigen: mehr als 80 Prozent der Bevölkerung sind grundsätzlich für mehr Bürgerbeteiligung und demokratische Mitsprache. Für die Politik kommt es nach den Erfahrungen der letzten Jahre darauf an, Bürgerbeteiligung auszubauen, verbindlich zu machen und institutionell zu verankern. Mehr direkte Beteiligung stellt jedoch Parlamente, Regierungen, Parteien und Verbände, aber auch die Bürgerschaft vor große Herausforderungen. Eine Enquete-Kommission des Bundestages kann mit Hilfe einer systematischen Bestandsaufnahme und einer wissenschaftlich angeleiteten Analyse Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der Demokratie in Deutschland erarbeiten. Am Vorabend der Bundestagswahl wurde deshalb der Aufruf "Mehr Demokratie wählen! Für eine Demokratie-Enquete des Deutschen Bundestages" publiziert.

Erstunterzeichner/-innen sind Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Prof. Dr. Norbert Kersting, Universität Münster, Karin Kortmann, Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Ute Kumpf, MdB SPD, Monika Lazar, MdB Bündnis 90 / Die Grünen, Prof. Dr. Claus Leggewie, Kulturwissenschaftliches Institut Essen, Prof. Dr. Wolfgang Merkel, Wissenschaftszentrum Berlin, Prof. Dr. Patrizia Nanz, Kulturwissenschaftliches Institut Essen, Prof. Dr. Oskar Negt, Leibniz Universität Hannover, Prof. Dr. Claus Offe, Hertie School of Governance, Petra Pau, MdB Die Linke, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Sönke Rix, MdB SPD, Dr. Rupert Graf Strachwitz, Maecenata Stiftung, Wolfgang Thierse, MdB SPD, Vizepräsident des Deutschen Bundestags und Hans-Jochen Tschiche, Bürgerrechtler.

Den Aufruf initiierten Dr. Serge Embacher, PD Dr. Ansgar Klein und Tobias Quednau, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Timo Reinfrank, Amadeu Antonio Stiftung, Prof. Dr. Roland Roth, Netzwerk Bürgerbeteiligung, und Thomas Weber, Politikwissenschaftler.

Der Aufruf kann online unterstützt werden: www.mehr-demokratie-waehlen.de

Jetzt online: Materialien zum Engagement gegen Rechtsextremismus

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hat eine neue Übersichtseite zu ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus erstellt. Gesammelt sind hier Bilder zur Illustration von Presseartikeln, das gesamte Spektrum der bpb-Angebote zum Thema sowie entsprechende Pressemitteilungen.

[Zur Übersichtsseite](#)

Prädikat „besonders wertvoll“: Der neue Film DAS RADIKAL BÖSE

Oscar-Preisträger Stefan Ruzowitzky beschäftigt sich in seinem Nonfiction-Drama DAS RADIKAL BÖSE mit einem dunklen Kapitel der deutschen Geschichte: den systematischen Erschießungen jüdischer Zivilisten durch Polizeibataillone und Einsatzgruppen in Osteuropa. Wie werden aus ganz normalen jungen Männern Massenmörder? Warum töten ehrbare Familienväter Tag für Tag Frauen, Kinder und Babys?

Als Erzähltext dienen Tagebuchaufzeichnungen, Briefe und Aussagen von deutschen Polizisten und Soldaten. Junge Schauspieler wie Benno Fühmann, Alexander Fehling und Devid Striesow geben den Menschen von damals eine Stimme. Auf der Bildebene entscheidet sich Ruzowitzky für unbekannte Gesichter, die nachgestellten Szenen mit Soldaten sind dabei reduziert. Ergänzt mit historischen Aufnahmen, den Aussagen renommierter Holocaust-Forscher wie Père Desbois, Christopher Browning oder Robert Jay Lifton und den überraschenden Ergebnissen psychologischer Experimente zeigt der Film eindrucksvoll, mit welchem System Hass und Vernichtung geschürt werden kann und wie gefährlich solche Mechanismen auch heute noch sind.

Die Deutsche Film- und Medienbewertung (FBW) hat DAS RADIKAL BÖSE mit dem Prädikat „besonders wertvoll“ ausgezeichnet. Zum Kinostart im Januar stellt der Verleih W-film Distribution umfassendes Begleitmaterial für die politische Bildungsarbeit zur Verfügung.

Weitere Informationen und Trailer

Rückblick: Fachtagung „Der 1. Weltkrieg in der historisch-politischen Jugendbildung“

Bonn, 28. bis 29. Oktober 2013

Der Beginn des 1. Weltkriegs jährt sich im kommenden Jahr zum 100. Mal. Die GEMINI (Gemeinsame Initiative der bundeszentralen Träger politischer Jugendbildung) lud deshalb Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen (Jugend)bildung zu einer Fachtagung ein. Diese fragte nach Hintergründen, den zentralen Ereignissen sowie nach den kurz- und langfristigen Folgen dieser „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“. In diesem Kontext reflektierten die Teilnehmenden auch, ob die weiteren Katastrophen und Entwicklungen im 20. Jahrhundert nur vor dem Hintergrund dieses Konfliktes verstanden werden können. Bei der Fachtagung wurden die Grundlinien, die zum 1. Weltkrieg geführt haben, aus machtpolitischer, militärhistorischer und gesellschaftlich-kultureller Sicht beleuchtet sowie die Relevanz des Friedensvertrags von Versailles für die weitere geschichtliche Entwicklung analysiert. Im zweiten Teil der Fachtagung wurden Konzepte und Projekte der historisch-politischen Bildung vorgestellt und diskutiert, die sich mit dieser Thematik beschäftigen.

Informationen: Klaus Waldmann, Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, E-Mail: waldmann@politische-jugendbildung-et.de

Projekt Kulturbotschaft: Erstes zentrales Treffen Vernetzung in Frankfurt/a.M.

Zu einem ersten zentralen Treffen Vernetzung trafen sich rund 20 Teilnehmende am Projekt "Kulturbotschafterinnen und Kulturbotschafter im Sozialraum - Kultur und Medien im Alltag" am 25. September 2013 im Haus am Dom in Frankfurt/a.M. Eingeladen hatte hierzu das Trägerkonsortium von der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), *familienbildung deutschland* und Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland (KBE). Neben der Vorstellung der bereits bewilligten Projekte diente das Treffen der weiteren Qualifizierung der Multiplikator/-innen der lokalen Bündnisse für Bildung in inhaltlichen und finanziellen Fragen des Projekts. Ein großer Informationsbedarf ergab sich zum Zuwendungsvertrag und dem Zahlungsverfahren sowie zum Nachweisverfahren und Belegwesen.

Bekannt gegeben wurden zudem die Termine für weitere zentrale Vernetzungstreffen:

- 2. Zentrales Treffen Vernetzung im Jahr 2013: 05.12.2013
- 1. Zentrales Treffen Vernetzung im Jahr 2014: 26.03.2014
- 2. Zentrales Treffen Vernetzung im Jahr 2014: 04.06.2014
- 3. Zentrales Treffen Vernetzung im Jahr 2014: 11.12.2014

Diese Termine sind für bewilligte Maßnahmen der lokalen Bündnisse verpflichtend, stehen aber auch Projektinteressierten zur Teilnahme offen.

Gefördert wird das Projekt aus dem Förderprogramm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Die nächsten Fristen für das online-[Antragsverfahren](#) sind:

08.11.2013 für Anträge für das Jahr 2014

31.03.2014 für Anträge für die zweite Jahreshälfte 2014

[Weitere Informationen](#)

Jahrestagung des AdB: 1914 – 2014. Aktuelle Herausforderungen und Impulse für die politische Bildung

26. und 27. November 2013, Segeberg

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) lädt vom 26. bis 27. November 2013 zu seiner Jahrestagung in die JugendAkademie Segeberg ein. Das Thema lautet: „1914 – 2014: Von der Kriegsbegeisterung zum Friedensnobelpreis für Europa. Aktuelle Herausforderungen und Impulse für die politische Bildung“.

Es werden aktuelle Forschungen zu Ursachen des 1. Weltkriegs vorgestellt und die Europäische Friedenspolitik im Europawahljahr 2014 diskutiert. Verschiedene Workshops greifen den 1. Weltkrieg als Thema politischer Bildung auf, andere beleuchten die friedenspädagogische Arbeit in der politischen Bildung. In einer Podiumsdiskussion wird der Frage nachgegangen: Wie kann Frieden gelernt werden? Ziel ist es, unterschiedliche Ansätze der Friedenspädagogik und Friedenspolitik in einer Demokratie darzustellen.

Weitere Informationen unter www.adb.de

1. Modul im Deutsch-Russischen Qualifizierungsprojekt „Bildungsraum Austausch“

4. bis 8. Dezember 2013, Weimar

Jugendaustausch mit Russland ist eine hochpolitische Angelegenheit. Daher ist es dem [Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.](#) (AdB) ein besonderes Anliegen, deutsch-russischen Austausch im Verband weiter voranzubringen und zu verbreitern. Die Qualifizierungsmaßnahme wendet sich insbesondere an Organisationen, die im Kooperationsfeld außerschulischer mit schulischer Bildung arbeiten. Aber auch Organisationen, die bereits über eine russische Partnerorganisation verfügen und ihre Kooperation unter einem politischen Blickwinkel vertiefen möchten, sind hier willkommen.

Zwei weitere Module in Deutschland und Russland sind für 2014 in Planung. Anmeldungen und Rückfragen zum Projekt an die Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, Herrn Eric Wrasse, Email: wrasse@ejbweimar.de.

Anmeldeschluss ist der 24. November 2013.

Fachtagung: Gesellschaftliche Kompetenzen – berufliche Perspektiven

19. bis 20. November 2013, Berlin

Mit dem Übergang vom allgemeinbildenden Bildungssystem in eine Berufsausbildung oder in die Arbeitswelt sind immer mehrere Dimensionen persönlicher Entscheidungen und gleichzeitig vielfältige gesellschaftliche, politische, ökonomische und ethische Aspekte angesprochen. Dabei handelt es sich um eine für die Entwicklung von Lebensperspektiven Heranwachsender und für ihre künftige Rolle in einer demokratischen Gesellschaft entscheidende Lebensphase.

Bei der Fachtagung der GEMINI (Gemeinsame Initiative der bundeszentralen Träger politischer Jugendbildung) wird es darum gehen, die gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen dieser biographischen Phase zu beleuchten, die besonderen Herausforderungen für Angebote politischer Jugendbildung zu analysieren, exemplarische Ansätze und Projekte politischer Jugendbildung vorzustellen und zu überlegen, wie eine arbeitsweltbezogene politische Jugendbildung gestärkt und ausgebaut werden kann.

Informationen: Klaus Waldmann, Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, E-Mail: waldmann@politische-jugendbildung-et.de

Fachtagung: Auftrag Inklusion – Perspektiven für eine neue Offenheit in der Kinder- und Jugendarbeit

14. und 15. November 2013, Berlin

Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej), die Aktion Mensch e.V. und die Diakonie Deutschland e.V. gestalten eine große Fachtagung zum Thema „Auftrag Inklusion – Perspektiven für eine neue Offenheit in der Kinder- und Jugendarbeit“. In drei Talkrunden sprechen Fachleute aus Praxis, Politik und Wissenschaft über Inklusion und die Herausforderungen für die Kinder- und Jugendarbeit. In 12 Praxisforen werden Beispiele vorgestellt, wird diskutiert und reflektiert. Die Teilnehmenden selbst können ihre Ideen in Diskussionsrunden und an Interaktionspoints einbringen.

Informationen und Anmeldung unter www.auftrag-inklusion.de

Energiewende und Lebensqualität: trinationale Tagung in Freiburg

15. November 2013, Freiburg

Auch in der „Landschaft des Jahres 2013/14“, am Oberrhein, ist die Energiewende ein wichtiges und grenzüberschreitendes Thema, schließlich soll die Region Oberrhein zur Energievorbildregion entwickelt werden. Doch viele Menschen fragen sich: Verschlechtert sich mit der Energiewende auch unsere Lebensqualität? Können wir tatsächlich mit weniger Energie auskommen? Diese trinationale Tagung der NaturFreunde am 15. November 2013 in Freiburg bietet Antworten und Anregungen, wie Bürgerinnen und Bürger die Energiewende selbst vorantreiben können.

Informationen unter www.naturfreunde.de

NECE-Konferenz: The European Union and the promise of democracy: What can Citizenship Education and Civil Society contribute?

14. bis 16. November 2013, Den Haag

Die gesellschaftliche und politische Debatte hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung der EU geht in eine entscheidende Phase. Wie können politische Bildung und die Zivilgesellschaft ihren Beitrag zur Weiterentwicklung der EU leisten? Unter dieser Fragestellung diskutieren auf der diesjährigen NECE-Tagung Bildungsexpert(inn)en, Akteure sozialer Bewegungen, Multiplikator(inn)en aus den Bereichen der politischen Bildung, der Politik, politischer und kultureller Stiftungen und Unternehmen sowie staatliche Einrichtungen und Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) aus Europa.

Die Tagung ist eine Veranstaltung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). NECE – Networking European Citizenship Education vernetzt die Akteure politischer Bildung aus Europa, um gemeinsame Themen zu identifizieren und über den Austausch von Praxiserfahrungen Erkenntnisse über die methodische, didaktische und inhaltliche Umsetzung spezieller Themenbereiche zu gewinnen. Darüber hinaus soll der Diskurs über europäische politische Bildung einen Beitrag zur europäischen Öffentlichkeit leisten.

Informationen zu NECE, das Tagungsprogramm und das Anmeldeverfahren sind [hier](#) einsehbar.

Fachtagung: Politische Bildung in der neuen Generation der EU-Programme 2014 bis 2020

01. Dezember 2013, Berlin

Zum 1. Januar 2014 fällt der Startschuss für die neue Generation der EU-Förderprogramme. Welche Auswirkungen hat dies auf die politische Bildungsarbeit, in fördertechnischer wie auch in inhaltlicher Hinsicht? Welche europäischen Förderprogramme können ab 2014 für die politische Bildungsarbeit genutzt werden? Was ändert sich im Vergleich zu den bisherigen Programmen?

Welchen Wert haben außerschulische Bildung und non-formales Lernen künftig, welche Bedeutung misst Europa den Anliegen politischer Bildung bei? Zu diesen Fragen möchte der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. gerne am 01. Dezember 2013 diskutieren und konkrete Tipps für Förderanträge geben.

Mindestteilnehmerzahl: 15 Personen

Ort: AdB, Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Kosten: 70,- € für Mitarbeiter/-innen aus AdB-Einrichtungen und
100,- € für Teilnehmer/-innen aus Einrichtungen, die nicht Mitglied im AdB sind

Anmeldungen nimmt Larissa Döring, Sachbearbeitung Internationales, entgegen:
E-Mail: doering@adb.de, Fax: 030-400401-22

Rückfragen beantwortet Georg Pirker, Referent für internationale Bildungsarbeit:
E-Mail: pirker@adb.de, Tel: 030-400401-17

Informationen unter www.adb.de

Informationsveranstaltungen zum EU-Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger«

Internationale Begegnungen, Austausch- oder Kooperationsprojekte mit europäischen Partnern werden mit dem EU-Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« gefördert. Die Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ informiert Mitarbeiter/innen von Kommunen, Vereinen und anderen Organisationen an verschiedenen Orten über das neue Bürgerschaftsprogramm (2014–2020). Die Teilnehmer/innen können ihre Projektideen weiterentwickeln und nehmen praktisches Wissen für eine EU-Antragstellung in den kommenden Jahren mit.

[Weitere Informationen](#)

Freie Plätze: Arbeitnehmerweiterbildung der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

Die Akademie für Arbeitnehmerweiterbildung der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet im Rahmen ihrer politischen Weiterbildung folgende Seminare an:

25. - 29. November 2013, Bad Münstereifel
Hier und anderswo: Migrationsgeschichten im Film.
Teilnahmegebühr: 100,00 Euro

02. - 06. Dezember 2013, Bonn
Eiszeit oder Zeitenwende? Die USA und der Iran zwischen Sanktionspolitik und Annäherung.
Teilnahmegebühr: 100,00 Euro

Für die Seminare kann Bildungsurlaub beantragt werden. Anmeldungen nehmen Kim Hegelau (kim.hegelau@fes.de) sowie Christiane Woggon (christiane.woggon@fes.de) entgegen.

9. ABBESTELLUNG

Sollten Sie keine weitere Zusendung des bap-Newsletters wünschen, bitten wir um kurze Nachricht an newsletter@bap-politischebildung.de

10. REDAKTION

Die Herausgabe dieses Newsletters wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aus Mitteln des Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) gefördert.

Redaktion und Kontakt:

Bundesausschuss Politische Bildung

Verena Münsberg

lab concepts – Das Laboratorium für Konzeption und Realisation in Politik, Bildung und Kultur GmbH

Am Hofgarten 18, 53113 Bonn

Tel.: 0177 / 83 92 388

Mail: newsletter@bap-politischebildung.de

I-Net: www.bap-politischebildung.de

Im Bundesausschuss Politische Bildung haben sich rund 30 bundesweit arbeitende Trägerverbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen.

Gemeinsames Ziel der unterschiedlich orientierten Organisationen im Bundesausschuss ist es, sich für die Entwicklung und Verbesserung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation zu engagieren, die Einsicht in die Bedeutung dieses Bildungsbereichs und die Notwendigkeit seiner öffentlichen Förderung zu verbreiten und durchzusetzen.

Alle veröffentlichten Informationen beruhen auf sorgfältigen Recherchen. Den Ausführungen liegen Quellen zugrunde, die der Herausgeber als vertrauenswürdig erachtet. Für die Inhalte externer Internetseiten, auf die mit Hilfe eines Links verwiesen wird, sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Jegliche Haftung durch den Bundesausschuss Politische Bildung ist daher ausgeschlossen.